Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Abbildungen
der Dresdner Gemälde-Galerie, reproducirt nach Zeichnungen und Stichen in Cabinet-Format Stück 15 Pf., 12 Stück incl. eleganter Mappe 1 M. 75 Pf.
Cabinetbilder,
Ansichten von Dresden und sächs. Schweiz, 12 Stück incl. Mappe 2 M.
J. Bargou Söhne,
Dresden,
Wilsdrufferstrasse 21b. u. Sophienstrasse 6 am Postplatz.

Jaquettes, Umhänge,
(höchst geschmackvolle Neuheiten) findet man in grösster Auswahl zu billigsten Preisen im **Specialgeschäft** von
Richard Ulbricht,
Neustadt 14 Heinrichstr. 14 Neustadt
(Nähe des Kaiser-Wilhelmplatz.)

= Gardinen =
grosse Auswahl, empfiehlt
G. D. Blass, Wäschefabrik u. Ausstattungsgeschäft,
Marienstr. 5 u. Portikus, part. u. I. Etage.

Prof. Dr. Jäger's
Herren-Tricot-Anzugstoffe
werden meterweise abgegeben, Mtr. von **12 Mk.** an
Osc. Lehmann, Schloßstraße Nr. 21.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Schlaf- u. Reise-Decken, Wolle und Kameelhaar, empfiehlt **Jean Schieme Nachf.**, Neust. Rathhaus.

Wollene Schlafdecken, das grösste Lager am Platze, empfiehlt W. Metzler, Altmarkt 15. Preisliste gratis u. frco.

Nr. 129. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Witterungs-Aussichten siehe Seite 10. | Dresden, 1885. **Sonnabend, 9. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Für die sächsischen Städte hat der am Donnerstag vom Reichstag gefaßte Beschluß bezüglich der Besteuerung von Mehl, Fleisch, Bier u. s. w. eine ganz ungewöhnliche Bedeutung. Die Finanzen wohl aller Städte Sachsens, sowie diejenigen vieler Gemeinden in anderen deutschen Staaten sind wesentlich abhängig von den sog. Acciseabgaben. Die neuerlichen Erhöhungen der Reichszölle auf Vieh und Getreide würden aber den Städten die Möglichkeit benommen haben, fernerhin von Mehl und anderen Mühlenfabrikaten, von Backwaaren, von Fleisch, Fleischwaaren und Fett, sowie von Bier und Branntwein eine städtische Abgabe zu erheben, deren doch die Gemeinden zur Bestreitung ihrer Ausgaben nicht entbehren können. Solchenfalls wäre u. A. Dresden mit seinen Finanzen in arges Gedränge gekommen, wenn es auf diese bisherigen Einnahmen hätte verzichten müssen. So wenig unser städtisches Steuersystem berechtigten Ansprüchen genügt, so mißlich wäre es gewesen, wenn auf Grund von Reichstagsbeschlüssen uns eine stark fließende Einnahmequelle verstopft worden wäre. Es ist das Verdienst unseres Dresdner Abgeordneten, wir meinen den Vertreter für Neustadt, Herrn Klemm, diese Bedrohung unserer geordneten städtischen Finanzen abgewendet zu haben. Auf die Details der Frage brauchen wir nicht einzugehen; es genüge, daß der Reichstag einem Gesetzentwurfe zustimmte, der unseren städtischen Behörden die Möglichkeit einer städtischen Besteuerung der obengenannten Artikel forterhält. Daß der Freihändler, Abg. Brömel, Herrn Klemm „sächsischen Partikularismus" vorwarf, daß der derselben Partei angehörende Abg. Halben davon faselte, es sollten im Zollvereinsgebiete neue partikularistische Zollschranken errichtet werden, kann uns nicht aus der Ruhe bringen. In weit höherem Maße als andere Bundesstaaten nährt Sachsen mit seinem Wohlstande das Feuer des deutschen Nationalstaats, so daß man es uns gönnen sollte, wenn wir auf dem geräumigen Reichsherd einmal unsere bescheidene Kaffeekanne wärmen.

Wie rücksichtslos nehmen doch andere Staaten die Reichshilfe in Anspruch für Zwecke, die entschieden der Allgemeinheit zuwiderlaufen! Davon hat die Verlängerung der Kreditfristen für die Rübensteuer einen neuen Beweis geliefert. Der Reichstag geht zu Ende, ohne mit dem fehlerhaften, die Reichskasse um viele Millionen schädigenden Zuckerbesteuerungssysteme aufgeräumt zu haben. Die Rückvergütung einer Steuer für Zucker bei der Ausfuhr, obwohl der Zucker überhaupt gar keine Steuer gezahlt hat, ist eine solche Ungerechtigkeit und zugleich ein solcher Unsinn, daß man Mühe hat, an die Existenz eines derartigen Zustandes zu glauben. Trotzdem geht er alltäglich vor sich und raubt dem Reiche Millionen über Millionen. Beseitigte man diese widersinnige Ungerechtigkeit, so laborirten wir überhaupt nicht an einem Reichsdefizit und brauchten uns nicht die Köpfe über allerlei neue Steuern zu zerbrechen. Die Staaten mit ausgedehnter Zuckerindustrie, namentlich also Preußen, Anhalt und Braunschweig, haben in zwar wohlmeinender, aber ihren Zweck gründlich verfehlender und gerade zum Schaden der Zuckerindustrie ausgeschlagener Begünstigung derselben sich bisher stets erfolgreich einer Abschaffung der Zuckerausfuhrprämien widersetzt. Auch jetzt, wo der Schaden dieser Verzärtelung des Lieblingskindes handgreiflich in der Nothlage desselben, in der Ueberproduktion von Zucker, in dem Reichsdefizit vorliegt, verharren sie in der falschen Mutterliebe. So haben diese Staaten jetzt durchgesetzt, daß der Bundesrath sich mit dem Antrage des Grafen Hacke befreundete, der die Kreditfrist für Entrichtung der Rübensteuer den Zuckerindustriellen von 6 auf 9 Monate verlängert. Die Folge davon ist auch die Verlängerung der Zahlung der Ausfuhrvergütung — eine doppelte Vergünstigung der ohnehin schon so übermäßig gehätschelten Zuckerbarone, die dem Reiche jährlich die Kleinigkeit von 1—1½ Millionen Mark kostet. Denn soviel beträgt der Zinsenverlust, es müssen die Schatzanweisungen (eine schwebende Schuld) von 120 auf 170 Mill. vermehrt werden. Am 26. Januar hatte sich noch der Unterstaatssekretär v. Burchard diesem eigennützigen Antrage des Grafen Hacke im Reichsinteresse widersetzt, diesmal schwieg er mäuschenstill. Für die Zuckerbarone ist die Annahme des Hacke'schen Antrages das reine Zuckerlecken, für die Steuerzahler bedeutet es Magensäure.

Was jetzt die Rosenfinger zarter Damen: der Zarin und der Prinzessin von Wales, beides Töchter des Königs von Dänemark, sowie der Herzogin von Edinburgh, Schwester des Zaren, außerdem der Ladies Thornton und Grosvenor, der Gattinnen des russischen Botschafters in Petersburg und seines ersten Sekretärs, zusammengefädelt haben, das russisch-englische Einverständniß, hat bereits den Spottnamen „Damenfrieden" gefunden. Obwohl man die Korrespondenz, die Mr. Gladstone mit diesen liebenswürdigen Damen geführt hat, nicht kennt, erhält sich doch die Annahme, daß der Damenfriede günstigenfalls als ein Waffenstillstand sich herausstellt, der die Entscheidung auf Monate, vielleicht auf Jahre hinausschiebt. Die Demüthigung, die England jetzt auf sich nimmt, muß über kurz oder lang die schlimmsten Rückwirkungen auf seinen indischen Besitz äußern. Das britische Volk mag darin nichts besonders Schimpfliches erblicken, daß es sich vollständig den Forderungen Rußlands unterwirft; ein Volk mit einer Krämerpolitik ist geneigt, die Einbuße an Nationalehre, Prestige und Ansehen geringer zu veranschlagen, als die Vortheile, die der ungestörte Welthandel abwirft. Es ergeben daher, murrend über den hohen Preis, den Frieden. Anders die Bevölkerungen asiatischer Reiche, wie Afghanistan und Indien, mit deren Anschauungen doch auch zu rechnen ist. Die Herrschaft Englands über Inder und Afghanen beruht ausschließlich auf der Illusion, die sie von der Macht ihres Gebieters haben. Erkennen sie, wie sehr sich England vor Rußland fürchtet, so beten sie Letzteres als den stärkeren Herrn an. Bereits haben die ersten Meldungen von dem Zurückweichen Gladstones den allerübelsten Eindruck auf die Inder gemacht; ein Gefühl der Verzweiflung soll sich der englischen Machthaber in Calcutta bemächtigt haben. Gladstone möchte Indien beruhigen, indem er von Rußland eine Erklärung verlangt, daß es für jetzt und später auf die Besitzergreifung von Herat verzichte. Vielleicht giebt der Zar eine derartige Zusage, wie er und sein Vater ähnliche bezüglich aller Ländereien gegeben haben, die zwischen dem Kaukasus und Afghanistan liegen und von denen keine einzige gehalten wurde. Sie wurden gebrochen nicht durch die Treulosigkeit der Menschen, sondern durch die unwiderstehliche Gewalt der Dinge. Wenn jetzt der Zar erklärte: ich verzichte für alle Zeit auf den Besitz Herats — nach ein Paar Monaten aber ist diese Stadt und ihre Umgebung der Räubereien und Gewaltthaten des Emirs von Afghanistan müde, man ruft die Russen herbei, die zwar auch nicht die sanftesten Herrscher sind, aber doch inneren Frieden verbürgen und ihre Unterthanen vor Raubzügen der Afghanen und Turkmenen schützen — dann wird ganz sicher ein russischer General dort erscheinen, um Ordnung zu schaffen, mag der Zar jetzt zehnmal das Gegentheil versprechen. Besteht also jetzt Gladstone auf einen solchen zarischen Verzicht auf Herat, so führt er damit nur eine Komödie auf, um seinen tapferen Rückzug zu verdecken. Wir glauben jedoch kaum, daß er einen solchen Verzicht durchsetzt; hat er doch jetzt auch den Chef der famosen Grenzberichtigungskommission, Lumsden, abberufen. Gladstone beschuldigt diesen Herrn, durch seine falschen Darstellungen die Hauptursache zu so vielen Mißverständnissen gewesen zu sein. Er braucht für seine Fehler eben einen Sündenbock. Daß sich über die erbärmlichen Gaukeleien der Gladstoneschen Politik schließlich die Stimme Englands immer erbitterter ausspricht, verdankt diesem Mr. Gladstone durchaus nicht sein Beefsteak.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 8. Mai.

Berlin. Der Reichstag tritt in die 3. Berathung der Börsensteuervorlage ein. Abg. Siemens (deutschfr.) ist erfreut, daß der zwischen den beiden entgegengesetzten Richtungen der gegenwärtigen wirthschaftlichen Bewegung ausgebrochene Kampf in dieser Frage beendet sei. Die Börsensteuer werde ja nach dem Angebot oder der Nachfrage den Consumenten oder Produzenten treffen; die Börse sei dabei nur der Steuererheber. Die Arbitrage sei ein ganz normaler Zustand; sie sei die communicirende Röhre, welche die Verhältnisse auf den verschiedenen Gebieten ausgleiche. Die Gesammtlast der Steuer werde nicht von einzelnen Personen, sondern von der ganzen Nation, ja bei den internationalen Beziehungen der Börse sei es nicht zweifelhaft, daß wir z. B. eine Steuer theilweise mit tragen müßten, die England seiner Börse auferlegen würde. Der Wechsel habe für den privaten Geschäftsverkehr dieselbe Bedeutung wie die Noten für den Staatsverkehr. Deshalb sei den Herren, welche für den Wechselverkehr Steuer-Freiheit beanspruchen, zu empfehlen, ihren Antrag auch auf Noten auszudehnen. Abg. Dr. Grimm legt die Gründe dar, aus denen die Kommission zu einer Besteuerung auch der Noten und Wechsel gelangte. Der internationale Ausgleich der Börsenverhältnisse gestalte sich immer so, daß der wirthschaftlich Starke den Vortheil erringt. Es sei von türkischer Steuerwirthschaft gesprochen worden. Im Volke stelle man sich das Treiben an der Börse als Paschawirthschaft vor, wo der Pascha von den wirthschaftlichen Rajas die Steuer eintreibt und dann wieder von einem Mächtigeren, dem Vezier, seiner Gelder beraubt wird. Befremden hat es erregt, daß die Herren der Linken, durch deren Beihülfe die Vorlage praktisch und zweckmäßig zu gestalten war, ihre Mithilfe versagten. (Beifall.) Abg. Woermann (nationall.) ist bereit für die Vorlage zu stimmen, wenn der Antrag Dr. Buhl, Scipio und Woermann angenommen werde, der Steuerfreiheit für in ausländischer Währung zahlbare Wechsel, ausländische Geldsorten, Auszahlungen an ausländischen Plätzen in fremden Valuten, sowie für Geschäfte über Waaren, welche von einer der vertragschließenden Personen a) in ihrem Betriebe erzeugt oder hergestellt sind, b) zur Verwendung in ihrem Betriebe erworben werden. Abg. Dr. Bamberger (deutschfr.): Es sei zu beklagen, daß auch hier im Hause die Handelsgeschäfte so betrachtet würden, als ob dabei immer der eine Theil der Betrogene und der andere der Betrüger sei. Eine solche Auffassung sei eine Schande für das heutige Zeitalter. Der Deutsche habe infolge seiner gewandten Rechnungsweise einen Vorsprung vor anderen Nationen, die ihm in der Arbitrage gewissermaßen tributpflichtig wurden. Dieses Geschäft hänge an so feinen Drähten, daß es gefährdet sei, wenn man den Stab einer neuen Steuer dazwischenstecke. Die Stellungnahme der Nationalliberalen sei bedauerlich. Der Reichskanzler habe noch keine feste Stellung genommen, jetzt werde ihm durch den nationalliberalen Antrag ein Zwang angethan. Abg. Richter wirft den Nationalliberalen vor, sie hätten in der Hoffnung, dadurch den Reichskanzler zu gewinnen, eine Schwenkung gemacht. Abg. Wörmann und Buhl bestreiten dies, ihre Anträge bewiesen, daß sie keine unfruchtbare Negation trieben. Schließlich wird der Antrag von Buol angenommen, der sich von dem Buhl'schen Antrage nur insofern unterscheidet, als für ausländische Geldsorten die Steuer aufrecht erhalten wird. Auf Antrag von Buol wird ferner folgende Bestimmung angenommen: Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über im Inlande von einem der Kontrahenten erzeugte oder hergestellte Mengen von Sachen oder Waaren sind steuerfrei. Auch bei dieser Gelegenheit bekämpfen Meyer, Dirichlet und Dr. Bamberger das ganze Gesetz. Letzterer meint, wenn man alles besteuern wollte, was möglicherweise schädlich wirken könne, müsse man auch Mordwaffen besteuern, die den Selbstmord fördern und die Liebe, die viele zum Selbstmord veranlasse. Endlich wird die Bestimmung gestrichen, wonach die Ermittlung durch höhere Beamte in einzelnen Fällen angeordnet werden kann, wenn Thatsachen vorliegen, die den Verdacht der Abgabenhinterziehung begründen. Hierauf wird das ganze Gesetz mit 214 gegen 41 Stimmen angenommen, dagegen stimmen die Freisinnigen, Sozialdemokraten und einige Nationalliberale. Das Gesetz betr. die Zuckersteuervergütung wird gleichfalls in dritter Lesung angenommen. Ferner wird auf Antrag der Geschäftsordnungskommission beschlossen zu erklären, daß die im April 1883 gegen die Abgeordneten v. Vollmar und Frohme bei deren Rückkehr vom Kopenhagener Sozialisten-Kongreß in Kiel vorgenommenen Untersuchungshandlungen dem Artikel 31 der Verfassung zuwiderlaufen. Abg. Liebknecht hatte für strafrechtliche Verfolgung der betr. Beamten plaidirt. Morgen: Petitionen, Nachtragsetat, Sonntagsruhe und Polnischer Sprachenantrag.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm nach lebhafter Verhandlung das Volksschullehrerpensionsgesetz mit den vom Herrenhause beschlossenen Abänderungen (Herabsetzung des Maximalstaatszuschusses auf 600 M., Zulässigkeit der Heranziehung des Stelleneinkommens zu Pensionen der Emeritirten) an. Das Herrenhaus bereitet Petitionen und ging u. A. debattelos über eine Petition auf besondere Besteuerung der Juden zur Tagesordnung über. An der schwarzen Tafel des Abgeordnetenhauses ist für morgen die Schlußsitzung beider Häuser des Landtages anberaumt. — Der Schluß des Reichstages erfolgt bereits Mittwoch. — Am 29. Juni findet die Vermählung des Grafen Wilhelm Bismarck mit der Tochter des Herrn von Arnim-Kröchlendorf statt. — Als ernstester Punkt im Laufe der englisch-russischen Unterhandlungen gilt die Abneigung Rußlands, sich zu verpflichten, niemals von Herat Besitz zu ergreifen. Die Times empfiehlt die Citadelle von Herat durch 1000 Mann zu besetzen.

Berlin. Der Kaiser empfing Nachm. 1½ Uhr den neuen sächs. Gesandten Grafen Hohenthal, welcher dem Kaiser im Beisein des Interdukteurs v. Röder, des Staatssekretärs im auswärtigen Amte Grafen Hatzfeldt, das Schreiben seines Souveräns überreichte, wodurch er am hiesigen Hofe als Gesandter und Bevollmächtigter Minister bestätigt wird.

Die Berliner Börse stand unter dem Einfluß der Politik. Die Spekulation fürchtet, daß sich in den englisch-russischen Verhandlungen neue Zwischenfälle finden. Diese Befürchtungen werden mit der Fortdauer der Rüstungen motivirt. Dazu kommen die Gerüchte von der angeblichen Erschütterung der Stellung Gladstones und dem weiteren Vormarsch der Russen. Die Börse verlief gedrückt, lebhafteres Angebot trat hervor. Spekulative Bankenweichend, schlossen nicht unerheblich unter gestern. Deutsche Bahnen schwach, besonders Mecklenburger, die 2 Proz. verloren. Ostpreußen und Marienburger dagegen wieder höher gefragt. Oestert. Bahnen lustlos. Montanwerthe ruhig, fremde Renten belebt aber matt, besonders Russen. Kassaverkehr ruhig. Industrien und Bergwerke meist schwächer.

Washington. Der Präsident von Kolumbien hat dem hiesigen Gesandten Kolumbiens mitgetheilt, daß die Ruhe in 7 von 9 Staaten der Republik wieder hergestellt sei.

Frankfurt a. M., 8. Mai. Credit 236½. Staatsbahn 245½. Lombarden 110½. Galizier 208½. Egypter 64½. 4proc. Ung. Goldrente 76½. Gotthardbahn —. Disconto 192,31. Ruhig.

Wien, 8. Mai. Credit 288,00. Staatsbahn 300,70. Lombarden 130,00. Nordwestbahn 166,20. Marknoten 61,00. Ung. Credit 288,00. Geschäftslos.

Paris, 8. Mai. Schluß. Rente 79,42. Anleihe 108,35. Italiener 93,85. Staatsbahn —,—. Lombarden 285,00. do. Prioritäten —. Spanier 57½. Oest. Goldrente —. Egypter 321,60. Ottomanen 532,00. Ruhig.

London, 8. Mai. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 98 ⅛. 1873er Russen 91⅛. Italiener 92⅛. Lombarden 11⅛. Türken 15⅛. 4proc. fund. Amerikaner 128⅛. 4proc. Ungar. Goldrente 79⅛. Oesterr. Goldrente 86. Preuß. Consols 103. Egypter 63. Ottomanbank 11. Suez-Actien 79⅛. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Kühl.

Breslau, 8. Mai. Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. Mai-Juni 41,70, pr. August-Septbr. 44,50, pr. Septbr.-Octbr. 44,80. Weizen pr. Mai 174,00. Roggen pr. Juni-Juli 146,50, pr. Juli-August 148,00, Septbr.-October 150,00. Rüböl pr. Mai-Juni 51,00, pr. Septbr.-October 52,50. — Zink unverändert. — Wetter: Bewölkt.

Stettin, 8. Mai, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen unverändert, loco 170—174, pr. Mai-Juni 174,50, pr. Juni-Juli 175,00, pr. Sept.-Oct. 182,50. Roggen fest, loco 140—143, pr. Mai-Juni 142,00, pr. Juni-Juli 141,50, pr. Sept.-Oct. 150,50. Rüböl unverändert, pr. Mai-Juni 50,00, pr. September-October 52,50. Spiritus fest, loco 41,80, pr. Mai-Juni 42,50, pr. Juli-August 44,50, pr. August-September 45,50. Petroleum loco 7,80.

London, 8. Mai. Weizen fremd unverändert, angekommener wenig vorhanden. Uebriges niedriger angeboten. Mais schwierigst verkäuflich. Wetter: — Kühl.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät **König Albert** ist, von Bellaggio kommend, gestern früh in München eingetroffen, von wo die Fahrt nach Dresden Abends erfolgen sollte.

— J. K. H. Frau Großherzogin **Marie von Mecklenburg-Schwerin** mit Prinzessin Elisabeth, sowie Ihre Durchlaucht Prinzessin **Adolf von Schwarzburg-Rudolstadt** mit Prinzessin Thekla trafen vorgestern Abend mit Gefolge und Dienerschaft hier ein und nahmen im Viktoria-Hotel Wohnung.

— Der Kabinetsrath Sr. Maj. des Königs, Geh. Rath **Bär**, hat am Mittwoch einen mehrwöchentlichen Urlaub angetreten, um in Carlsbad die Trink- und Badekur zu gebrauchen.

— In der vorgestrigen **öffentlichen Stadtverordnetensitzung** (Vorsitz: Herr Vicevorsteher Osw. Matthäi) handelte es sich nur um Bewilligungen, die auch bis auf eine Ausnahme fast debattelos ausgesprochen wurden. Während die berichtenden Ausschüsse überall Zustimmung zu den Rathsvorlagen vorschlugen und ihre Vorschläge dann einstimmig zum Beschluß erhoben sahen, ergab sich nur eine Abweichung bezüglich der Erhöhung des Gehaltes des Herrn Rathsarchivar Dr. Richter; der Rath hatte statt des jetzigen von 3000 Mk. einen solchen von 4000 Mk. und zwar analog der Bezahlung dieser Stellung in anderen großen Städten vorgeschlagen, die Stadtverordneten bewilligten indessen gemäß der Ansicht ihres Ausschusses vor der Hand nur 600 Mk. Zulage. Nicht unerwähnt möge bleiben, daß bei dieser Gelegenheit Herr Oberbürgermeister Dr. Stübel, welcher sich wärmstens für die Höherdotirung verwandte, ankündigte, daß der Vergleich mit anderen Städten bezüglich der Besoldung ihrer Beamten ꝛc. auch dazu Veranlassung geworden sei, daß demnächst der Rath mit einer Vorlage, betreffend eine Gehaltsaufbesserung der Lehrer an den höheren städtischen Lehranstalten, werde erscheinen müssen; die betr. Lehrer bezögen sich eben darauf, daß kaum eine Stadt in Deutschland vorhanden sei, wo die höheren Lehrkräfte verhältnißmäßig so gering dotirt seien, wie hier. — Es wurden bewilligt: zur Trottoirherstellung vor dem Kommungrundstücke auf der kl. Packhofstraße 192 Mk., auf der Weißeritzstraße 2388 Mk., auf einem Theile der Schäferstraße 7163 Mk. und auf der Annenstraße (Uebergang von bossirten Steinen vom Grundstück Nr. 26 nach dem Nr. 18) 1220 Mk., ferner zur Erweiterung der Beleuchtung in der äußeren Moienstraße 2041 Mk. und zum Ankauf einer Dampfstraßenwalze 14,300 Mk., sowie nachträglich ein Mehr von 237 Mk. für die Druckkosten der Verfassungsgeschichte der Stadt Dresden vom Rathsarchivar Dr. Richter. Auch erklärte man sich damit einverstanden, einen Betrag von 220,000 Mk. aus dem Reservefond für den Straßenmaterialfond in Bereitschaft zu stellen, sprach auch Justifikation der Rechnungen über das Armenkomptoir pro 1882 und 1883 aus. — Von der erfolgten Anstellung des Herrn Dr. Kraepelin als Oberarzt für die Geisteskranken und geistig Siechen wird Kenntniß genommen und der versuchsweisen Anstellung erster Assistenzärzte zugestimmt, jedoch der Rath ersucht, deren Gehalt dem Antrage des Stadtkrankenhausausschusses entsprechend auf 1200 Mk. festsetzen zu wollen. — Aus Gesundheitsrücksichten hat Herr Gerth-Noritzsch nunmehr den Vorsitz im Finanzausschuß niedergelegt; an seine Stelle ist Herr Amtsrichter Dr. Nippold getreten; Ersterer fungirt z. Z. als Vicevorsitzender weiter. Erwähnt sei noch, daß nunmehr auch die Steuerreformvorlage vom Finanzausschuß berichtsreif gemacht worden ist und daß dieselbe vielleicht schon auf der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung oder doch einer der nächsten erscheinen wird.

— Das Offiziercorps des Leibgrenadierregiments Nr. 100 betrauert den **Tod** eines liebenswürdigen, hochbegabten Kameraden, des Hauptmanns v. **Dziembowski**. Der junge Mann litt schon seit längerer Zeit an heftiger Nervenaufregung; er suchte Heilung davon durch einen mehrmonatlichen Aufenthalt im Süden, kehrte jedoch nur wenig gestärkt zurück, sodaß er seinen Urlaub sich verlängern lassen mußte. Jetzt hat ihn der Tod erlöst. Um ihn trauert seine vor Jahresfrist ihm vermählte Gattin, eine junge